

## Sicherheit als „Mutter“ aller Nachhaltigkeit!



Wir alle sind geschockt von den Nachrichten und Bildern über die menschlichen Tragödien, die sich derzeit in der Ukraine abspielen. Menschen, die gelebt haben wie wir, wurden über Nacht aus ihrem Leben herausgerissen. In ihrem Umfeld verlieren Sie alles, was menschliches Leben überhaupt möglich macht: Wasser, Strom, Heizung, Wohnung, Nahrung, zuletzt auch ihr nacktes Leben. Die elementaren Werte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bezeichnet werden, gehen mit dem Verlust von Sicherheit und Frieden schlagartig verloren. In seiner Regierungserklärung am vor dem Deutschen Bundestag bezeichnete Bundeskanzler Scholz

den Tag des russischen Einmarsches in die Ukraine, den 24. Februar 2022, daher als eine „Zeitenwende“ in der Geschichte unseres Kontinents. Wir hatten angesichts der Komfortzone unseres jahrzehntelangen Friedens in Zentral-Europa nur zu gerne verdrängt, dass dieser Frieden nicht selbstverständlich ist. Stattdessen haben wir verständlicherweise unser Augenmerk auf „postmaterialistische“ Themen wie die verschiedenen Aspekte eines nachhaltigen Lebens gerichtet, ohne dabei unsere Sicherheit und den Frieden als unabdingbare Voraussetzungen von Nachhaltigkeit im Auge zu behalten. Im Gegenteil: Wir waren uns der Stabilität von Sicherheit und Frieden in Europa derart sicher, dass wir friedenserhaltende Werte im Zuge der Anfang 2021 neu aufgelegten „Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie“ lediglich als Export-Artikel gesehen haben, die wir aus der Selbstgewissheit unserer Komfortzone getrost in andere Teile der Welt bringen können, damit auch diese unserer Werte teilhaftig werden. Ein schöner Traum, der schon beim Rückzug aus Afghanistan, spätestens jedoch mit dem Einmarsch Putins in die Ukraine durch einen harten Weckruf zu Ende gegangen ist. In Anerkennung dessen sagte Bundeskanzler Scholz auch: „Klar ist: Wir müssen deutlich mehr investieren in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen. Das ist eine große nationale Kraftanstrengung. Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt.“ Können wir nun davon ausgehen, dass der Weckruf überall gehört worden ist? Leider nein. Nur einen Tag nach der Regierungserklärung, stellte ein von der EU geschaffenes Beratergremium - die „EU Platform on Sustainable Finance“, die sich seit mehr als einem Jahr unter anderem mit den Voraussetzungen sozialer Nachhaltigkeit beschäftigt – ihre Empfehlungen für einen entsprechenden Kriterienkatalog vor. Darin finden wir ehrenwerte Zielsetzungen wie den sozialen Schutz am Arbeitsplatz, Verbraucherschutz, Wahrung sozialer Rechte auf Gesundheit, gesunde Ernährung, Wohnung und Bildung, Verbesserung des Zugangs zu „sauberer“ Energie und zu Wasser sowie die Beachtung von Rechten indigener Bevölkerungsgruppen. Nur eines finden wir nicht erwähnt: Das in Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerte Recht des Menschen auf Leben, Freiheit und

Sicherheit. Da der von der „EU Platform on Sustainable Finance“ vorgelegte Kriterienkatalog nicht nur eine gut gemeinte Empfehlung einiger NGO-Vertreter ist, sondern im Rahmen einer EU-Richtlinie zu amtlich festgelegten Nachhaltigkeitskriterien später zur Messlatte für das gesamte Wirtschaftsgeschehen in Europa werden soll, ist das Fehlen der elementaren Menschenrechte auf Leben, Freiheit und Sicherheit nicht trivial. Schon heute sind etwa Banken und Versicherungen in Europa von der EU-Kommission aufgefordert, sich Gedanken über die Erfüllung von Nachhaltigkeitskriterien ihrer Kunden zu machen und darüber auch im Rahmen eines „Non-Financial Reporting“ Rechenschaft abzulegen. In Ermangelung amtlicher „Leitplanken“ tun sie dies heute in absolut subjektiver Form, vielfach sogar, indem sie alle Kunden, die sich mit der Ausrüstung unserer Streitkräfte und Sicherheitsorgane befassen, einfach aus ihrem Geschäft ausgrenzen, um ein diffus-befürchtetes Reputationsrisiko im Zusammenhang mit „Rüstung“ und „Waffen“ zu vermeiden. Dieser angesichts der aktuellen Weltlage fatalen Haltung leistet der Bericht der „EU Platform on Sustainable Finance“ einmal mehr Vorschub, und zwar ungeachtet dessen, dass der 24. Februar auch dem letzten Zeitgenossen klargemacht haben sollte, dass unsere gefühlte Komfortzone, in der es vor allem um die Optimierung des Komforts ging, nicht mehr besteht. Der Bundeskanzler hat es in der gebotenen Deutlichkeit ausgesprochen: Ohne eine nationale Kraftanstrengung zur Schaffung einer abwehr- und vor allem abschreckungsfähigen Bundeswehr geht es nicht. Wir müssen in unsere Sicherheit investieren, um unsere Freiheit und unsere Demokratie, damit auch zugleich auch die Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen. Dies wiederum ist der eigentliche Kern von Nachhaltigkeit. Darum müssen wir uns der Tatsache stellen, dass ohne Sicherheit Nachhaltigkeit nicht zu erreichen ist!

Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV), Berlin

Erschienen im Behörden Spiegel vom 14.03.2022

